



Bad Hersfeld, 22.10.2018

ANTRAG der CDU-Stadtverordnetenfraktion gemäß §12 der GO der StVV
betreffend

Einführung von Videoüberwachung in der Kreisstadt Bad Hersfeld

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu ermitteln, mit welchen Kosten für die Einführung einer Videoüberwachung an folgenden öffentlichen Plätzen zu rechnen ist:

- An der Untergeis
- untere Klausstraße
- Dudenstraße/Bahnhofstraße
- Breitenstraße
- Löhgasse

Weiterhin wird der Magistrat mit der Prüfung beauftragt, inwieweit hierfür eine Förderung der Hessischen Landesregierung möglich ist.

Begründung:

Leider ist festzustellen, dass die oben genannten Bereiche nach Einbruch der Dunkelheit von vielen Bürgern aufgrund mangelndem Sicherheitsgefühl gemieden werden. Dies gilt zum Beispiel im Umfeld von Shisha Bars. Die praktischen Erfahrungen in Fulda haben gezeigt, dass die Videoüberwachung öffentlicher Bereiche, wie dem Uniplatz und dem Bahnhofsvorplatz einen deutlichen Kriminalitätsrückgang bewirkt hat. Durch den Einsatz von Videotechnik kann man an Kriminalitätsschwerpunkten objektiv mehr Sicherheit gewährleisten. Außerdem wird das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt und die Überwachung erhöht die Chance, mit Hilfe der Kamerabilder Straftäter zu überführen. In Fulda wurde die Einführung der Videoüberwachung mit über 40.000 Euro durch das Land bezuschusst.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

gez.

Andreas Rey
(Fraktionsvorsitzender)